

Jugend & Familie

Ausgabe Januar 2009 / Nr. 1

Arbeitsgruppe «Jugend und Familie», Postfach 4053, 8021 Zürich

EuroPride 09 – Kein Grund, stolz zu sein!

Kommenden Mai/Juni wird in Zürich ein internationaler Grossanlass der Homosexuellenorganisationen durchgeführt. Dabei werden im grossen Stil auch staatliche Gelder eingesetzt und die politischen Behörden mobilisiert. Wir müssen dieser verhängnisvollen Entwicklung dringend entgegentreten.

Vom 2. Mai bis 7. Juni 2009 finden in Zürich unter dem Titel «EuroPride 09» eine Reihe von auf ein internationales Publikum ausgerichteten, homosexuellen Grossanlässen statt. Nach Beschreibung der Organisatoren soll EuroPride 09 das «grösste und gesellschaftspolitisch wichtigste Festival von Schwulen und Lesben in Europa» werden.

Zürich: Ein Monat lang Mekka der Homosexuellen

Konkret vorgesehen ist eine Eröffnungsfeier mit anschliessender Party am 2. Mai, sowie ein «Stadtfäsch» am Abend des 5. Juni und eine EuroPride Parade durch die Zürcher Innenstadt am 6. Juni. Den ganzen Mai über finden verschiedenste Veranstaltungen der «Gay Com-

Eine Gewissensfrage für die Kirchen

Liebe Leserin,
lieber Leser

Seit Jahren nehmen wir an verschiedensten Fronten einen schleichenden moralischen Zerfall zur Kenntnis.

Dazu gehört zuerst einmal der Einbruch im Bereich des Lebensrechtsschutzes. Der Dammbuch erfolgte mit der Einführung der Fristenlösung am 2. Juni 2002.

Parallel dazu werden jedoch auch Entgleisungen in moralischen Fragen gesellschaftlich immer mehr akzeptiert. Darunter fällt einerseits die praktisch allgegenwärtige Präsenz von käuflichem Sex in «Entspannungsoasen», sprich Prostitutionslokalen selbst in ländlichen Wohngebieten.

Ein weiterer Schritt erfolgte mit der Annahme des sogenannten Partnerschaftsgesetzes am 5. Juni 2005. Verschiedenste Homosexuellenorganisationen nutzen seither die Gelegenheit, einen gleichgeschlechtlichen Lebensstil in der Öffentlichkeit und speziell an den Schulen gezielt zu propagieren. Was mit den Aids-«Aufklärungs-» Kampagnen des Bundesamtes für Gesundheit begann, schlägt immer breitere Wellen. Ziel ist es, einen trendigen Gay-Lifestyle gesellschaftlich salonfähig zu ma-

chen. Den Kulminationspunkt wird diese verhängnisvolle Entwicklung anlässlich der EuroPride 09 finden.

Eine entscheidende Frage wird es sein, wie die Kirchen in dieser Situation des moralischen Zerfalls reagieren. Für ein klares Bekenntnis zu den christlichen Werten und zur natürlichen Schöpfungsordnung gefordert sind nicht nur die Landeskirchen (vor allem der reformierte Kirchenbund), sondern auch die Freikirchen.

Konkret geht es darum, wie lange unsere Kirchenleitungen der laufenden Entwicklung noch tatenlos zusehen wollen. Gegen das Projekt EuroPride 09 wäre ein klares Zeichen zu setzen. Diese Auseinandersetzung wird schwierig sein, aber wir müssen sie führen!

Im Vertrauen auf Ihr Mittragen und in herzlicher Verbundenheit,



Käthi Kaufmann-Eggler
Käthi Kaufmann-Eggler,
Präsidentin «Jugend und Familie»

Visit Zürich
the Gay Capital
of Switzerland

Official Hotel Booking Partner

zürich
downtown switzerland



Vom Steuerzahler finanzierte Werbung des Zürcher Tourismus-Verbandes für Zürich als «Gay Capital of Switzerland».

community» statt, darunter kulturelle Veranstaltungen zum Thema Homosexualität, Filmvorführungen, Fachtagungen und Workshops, Ausstellungen, sowie am Pfingstsonntag und am 7. Juni sogar schwullesbische Gottesdienste.

Träger der Veranstaltungen sind der Verein «Gay Pride – Christopher Street Day Zürich», die Lesbenorganisation Schweiz (LOS, Bern), die Schweizerische Schwulenorganisation «Pink Cross» (Bern), die «Homosexuellen Arbeitsgruppen Zürich» (HAZ), sowie «NETWORK – Schwule Männer die bewegen», «WyberNet – Gay Business Woman Zürich» und «zart & heftig – Schwule Studis an Uni und ETH Zürich».

Propagierung eines Gay-Lebensstils

Die Überlegung hinter den Grossveranstaltungen ist es, den «homosexual way of life» der gesamten Schweizer Bevölkerung als völlig normalen und geradezu trendigen Lebensstil näher zu bringen. So weisen die Organisatoren auf ihrer Website denn auch darauf hin, dass damit nicht nur schwullesbische Personen angesprochen werden sollen, sondern «der Anlass vielmehr die ganze Bevölkerung in Zürich und in der Schweiz begeistern» will.

Letztlich ist all dies eine weitere Konsequenz des noch von der ehemaligen Bundesrätin Metzler aufgleisten

Partnerschaftsgesetzes, womit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften rechtlich ein praktisch eheähnlicher Status zuerkannt wurde. Seitens unserer Arbeitsgruppe «Jugend und Familie» haben wir 2004 das Referendum gegen dieses Gesetz mit ergriffen und über 10'000 Unterschriften gesammelt. Mit beträchtlichem finanziellen Einsatz haben wir uns auch im Abstimmungskampf gegen diese Vorlage engagiert. Leider haben wir die Volksabstimmung vom 5. Juni 2005 dann verloren. Was jetzt passiert, ist letztlich eine Folge des damaligen Entscheides.

Widerspruch gegen die Schöpfungsordnung

Für uns als bekennende Christen darf es nicht darum gehen, homosexuelle Menschen individuell auszugrenzen. Gleichzeitig müssen wir uns jedoch bewusst sein, dass uns Gott als Schöpfer des Universums eine natürliche Schöpfungsordnung gegeben hat. Dazu gehören die Ehe als Lebensgemeinschaft eines Mannes und einer Frau und die Familie, die Kindern Geborgenheit bietet, und der Staat, welcher das friedliche Zusammenleben der Bürger ordnet. Gott hat jedem Menschen die unantastbare Würde der Gottesebenbildlichkeit gegeben. Damit verbunden ist die Unantastbarkeit des Lebens von der Zeugung bis zum natürlichen Tod, aber auch die Menschenrechte, Entscheidungsfreiheit, Nächstenliebe und Solidarität. Auch Toleranz gegenüber sündhaften Menschen ist damit verbunden, aber sie darf nicht so weit gehen, dass wir ein solch fehlerhaftes Verhalten und Verstossen gegen das natürliche Sittengesetz einfach akzeptieren und zur gesellschaftlichen Norm werden lassen.

Die Propagierung von praktizierter Homosexualität und die Ideologie des Genderismus, welche besagt, dass junge Menschen unabhängig von ihrem angeborenen Geschlecht ihre sexuelle Rolle frei wählen sollten (was gegenwärtig an unseren öffentlichen Schulen aktiv unterrichtet wird), ist ein grundlegender Angriff auf die naturrechtliche, von Gott gegebene Ordnung. Als Christen können wir solches nicht gutheissen.

Schleichender moralischer Zerfall

Folge dieser Entwicklung ist eine wachsende Orientierungslosigkeit der Gesellschaft. Gefördert werden Ehescheidungen, Drogenkonsum und Jugendkriminalität. Viele, gerade junge Menschen, werden aufgrund der entstehenden seelischen Nöte der Freude an einem sinn erfüllten Leben beraubt. Verursacht werden zudem Sozialkosten in Milliardenhöhe.

Gleichzeitig schwindet die Bereitschaft, die Verantwortung für Ehe und Familie als positive Herausforderung zu sehen. Die Kinderzahlen in ganz Europa sinken rapide.

In der Wirtschaft entsteht anstelle eines auf Solidarität und Zuverlässigkeit gegenüber Arbeitnehmern und Vertragspartnern gegründeten Verhaltens die ausschliessliche Ausrichtung auf kurzfristigen Gewinn. Wir haben in den letzten Monaten gesehen, wohin dies führt. Auch dies ist ein wichtiges Zeichen des moralischen Zerfalls.

Staatliche Unterstützung

Die vom Staat unterstützte, aktive Propagierung eines «trendy» Gay-Lifestyles ist ein wesentlicher Bestandteil dieser Entwicklung. Tatsächlich werden die Aktivitäten der Gay-Community schon seit Jahren mit Steuergeldern finanziell unterstützt. So veröffentlicht beispielsweise die mit Millionenbeträgen finanzierte Organisation «Schweiz Tourismus» bereits seit Jahren Broschüren, welche Schweizer Städte und Ferienorte als ideale Homosexuellendestinationen anpreisen. In den USA und in Grossbritannien wurden sogar Plakatkampagnen gestartet. Zwischen den Tourismusbehörden von Bern und Zürich ist mittlerweile ein Kampf ausgebrochen, welches die schwulenfreundlichere Stadt sei.

Der Tourismusverband von Arosa organisiert jedes Jahr eine Gay Skiweek. Schwule und Lesben sind touristisch ein interessantes Zielpublikum, weil sie zur umsatzstarken Dink-Gruppe (Double Income No Kids, Doppelverdiener ohne Kinder) gehören. Perversionen sondergleichen.

Die Art und Weise, wie parastaatliche und mit Steuergeldern finanzierte Organisationen im Blick auf EuroPride09 mobil machen, ist ungeheuerlich. Schweiz Tourismus hat hierfür bereits eine 30seitige Spezialbroschüre herausgegeben. Auch private Unternehmen, wie die Unique (Flughafen Zürich) AG oder Swissôtel Zürich gehören zu den offiziellen Sponsoren.

Der gute Ruf der Schweiz ist in Gefahr!

Die Schweiz gilt inzwischen international auch als interessante Destination für den Sterbehilfe-Tourismus. Vor allem die Suizidhilfeorganisation Dignitas deckt diesen Bereich ab. Wenn unsere liebe Heimat jetzt touristisch auch noch als internationales Homosexuellenmekka etabliert werden sollte, so dürfte der gute Ruf definitiv ruiniert sein. Jenseits aller ethischen und moralischen Überlegungen gilt es daher, dieser Entwicklung einen ganz klaren Riegel vorzuschieben.

Celsa Brunner

Nationalfonds-Studie über Generationenbeziehungen

Die Beziehungen zwischen den Generationen funktionieren nicht so schlecht, mindestens innerhalb der Familie. Zu einer zunehmenden Last für die Gesellschaft werden freilich die Menschen ohne eigene Nachkommen.

Vor wenigen Tagen hat eine Gruppe von Forschern einen Bericht veröffentlicht über das Zusammenleben der Generationen und speziell über die Lasten, Kosten und Nützlichkeiten, welche die Generationen einander verschaffen. Für einmal ist die Bilanz einigermaßen positiv. Den Kosten, welche durch die Alterung der Gesellschaft verursacht werden, stehen auch finanzielle Vorteile gegenüber, etwa die Kinderbetreuung durch die Grossmütter.

Solidarische Familien

So schlecht sei die Solidarität zwischen den Generationen nicht, besonders innerhalb der Familie. In den Familien hätten sich die Generationenbeziehungen in den vergangenen Jahren nämlich eher verbessert als verschlechtert, kommen die Forscher zum Schluss. Als problematischer werden hingegen die ausserfamiliären Generationenbezie-

hungen wahrgenommen. Hier sollten Verantwortung und Gerechtigkeit stärker gefördert werden.

Grosseltern – vor allem Grossmütter – leisten jährlich für rund zwei Milliarden Franken Betreuungsarbeit für ihre Enkelkinder. Jedes Jahr werden 28,5 Milliarden Franken Vermögen vererbt. Allerdings wird dieses Erbe wegen der höheren Lebenserwartung nur zur Hälfte an Menschen unter 55 Jahren ausgerichtet.

Die Betreuung älterer Menschen – bei der die Kosten nicht so stark durch das Älterwerden der Menschen, sondern vor allem durch Betreuung am Lebensende anfallen – schafft auch Arbeitsplätze im Gesundheitswesen. Allerdings leben laut Bericht lediglich 20 Prozent der über 80-Jährigen in einem Alters- oder Pflegeheim, und 60 Prozent der zu

Hause lebenden Pflegebedürftigen werden von ihren Angehörigen betreut.

Helfende Gemeinschaften

Diesen Punkt greift auch der evangelische Familienexperte Fritz Imhof auf. Im Bericht werde die Situation von Menschen ohne Nachkommen nicht angesprochen, meint der Kommunikationsverantwortliche der Schweizerischen Stiftung für die Familie (ssf) und Mitarbeiter im Netzwerk Koalition für die Familie. Solche Menschen könnten im Alter nicht auf Kinder zählen, welche unentgeltliche Dienstleistungen erbringen. Wenn sie pflegerische Leistungen brauchen, würden sie damit die staatlichen Institutionen stärker belasten.

Aufgabe für Kirchen

Es gebe viele alte Menschen ohne Nachwuchs, welche nicht nur das Leben geniessen, sondern auch etwas an die jüngere Generation weitergeben möchten, sagt Fritz Imhof. Hier seien die christlichen Gemeinden gefordert. Solche Gemeinschaften könnten es ermöglichen, dass der Generationentransfer nicht nur innerhalb der erweiterten christlichen Familie stattfinden. Diesen Generationentransfer zu fördern, könnte in Zukunft eine wichtige Aufgabe für die Leitungspersonen von christlichen Gemeinden sein.

Zu wenig Kinder

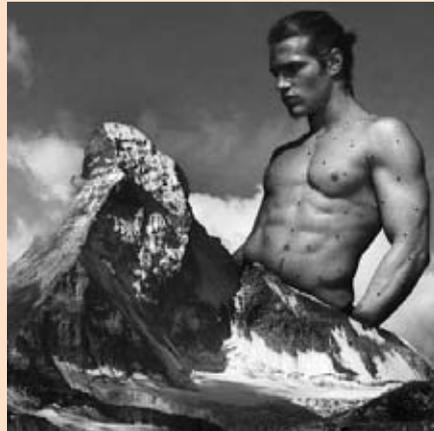
Dass das demografische Problem, die Überalterung, nun auch vom Projektleiter der Studie, dem Zürcher Soziologen François Höflinger, aufgegriffen worden ist, begrüsst Imhof. Dies bestätige die von christlichen Familienorganisationen erhobene Forderung: «Wir brauchen mehr Kinder.» Kurzfristig würde dies zwar die erwerbstätige Bevölkerung, besonders die Familien mit mehreren Kindern, zusätzlich belasten. Doch die Erhöhung des Nachwuchses ist nötig, um die Gesellschaft stabil zu erhalten. Das demografische Defizit könne nicht nur durch Einwanderung gedeckt werden. *(idea)*

Kurzmeldungen

Bravo für den Grossherzog von Luxemburg!

Grossherzog Henri von Luxemburg hat am 4. Dezember 2008 aus Gewissensgründen seine Unterschrift zu einem Euthanasie-Gesetz verweigert. Es würde Ärzten erlauben, aktive Sterbehilfe zu leisten. Das Gesetz, im Februar vom Parlament mit 30 zu 26 Stimmen beschlossen, kann nicht in Kraft treten.

Die seltsame Vermarktung unseres Landes als «ideale» Homosexuellen-Destination



Werbekampagne von Zermatt für schwule Paare

Verschiedene kantonale und lokale Tourismusorganisationen konzentrieren sich seit einigen Jahren darauf, ihre Orte, Städte und sogar die ganze Schweiz als ideale Feriendestination für gleichgeschlechtliche Paare zu vermarkten. Beispielsweise Zermatt hat diesbezüglich eine spezielle Kampagne gestartet. Arosa organisiert jedes Jahr eine Gay-Skiweek. Und die staatlich finanzierte Organisation «Schweiz Tourismus» veröffentlicht regelmässig Broschüren, welche praktisch als schwul-lesbischer Reiseführer dienen.

Das Image der Schweiz als Tourismus-Destination wird damit in vielen anderen Ländern (etwa im arabischen Raum, China oder Indien) nachhaltig geschädigt.

Tourismus Schweiz propagiert die Schweiz unter dem Titel «It's only natural» als Homosexuellen-Destination.



Bitte unterzeichnen Sie die beiliegende Protestkarte an den Direktor von Schweiz Tourismus, worin wir darum bitten, dass derartige Aktivitäten in Zukunft unterbleiben.

Nun wollen die Regierung des christdemokratischen Premierministers Jean-Claude Juncker und Parlament die Verfassung ändern und das Vetorecht des Grossherzogs abschaffen. Er soll Gesetze nur noch bekannt geben, aber nicht mehr in Kraft setzen. Der Grossherzog erklärte, wenn seine Unterschrift nur noch eine Formalität sei und nicht seine Zustimmung ausdrücke, könne er das Gesetz unterzeichnen. Laut Juncker, der sich auch gegen das Gesetz ausgesprochen hatte, steht das Votum der Parlamentarier über dem Gewissen des Fürsten. (NZZ/kath.net/LifeSiteNews)

Hindu-Repräsentant fordert Anerkennung seiner Religion in der EU

Ein hoher Repräsentant des Hinduismus hat bei Gesprächen im Europaparlament die offizielle Anerkennung seiner Religion in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten gefordert.

Immer wieder komme es vor, dass lokale Behörden davor zurückschrecken, in offiziellen Dokumenten Hinduismus als Religionszugehörigkeit zu vermerken, sagte der Präsident der «Universal Society of Hinduism», Rajan Zed, am 10. Dezember in Brüssel. Der Hinduismus als weltweit drittgrösste Religion müsse in allen Staaten Europas gleiche Rechte haben wie andere Religionen. Der in den USA lebende Hindu-Repräsentant traf im Rahmen des Europäischen Jahres des Interkulturellen Dialogs mit Europaparlamentspräsident Hans-Gert Pöttering zusammen. (Kipa)

Grossbritannien: Regierungstreit um Abtreibungsstatistiken

In der britischen Regierung ist ein Streit um die Veröffentlichung von Statistiken zu Spätabtreibungen ausgebrochen. Wie die Sonntagszeitung «Sunday Telegraph» am 7. Dezember berichtet, weigert sich das Gesundheitsministerium, einer Anfrage der nationalen Datenschutzbehörde nachzukommen. Man habe Angst, die Privatsphäre der betroffenen Frauen zu verletzen, hiess es. Lebensschützer hatten die Daten unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz verlangt. Die vollständige Veröffentlichung der Abtreibungszahlen war 2005 eingestellt worden, nachdem die Abtreibung eines 28 Wochen alten Fötus wegen einer Gaumenspalte in der britischen Öffentlichkeit für einen Aufschrei der Entrüstung gesorgt hatte. Spätabtreibungen von Föten mit schweren körperlichen oder geistigen Abnormalitäten sind in Grossbritannien noch bis kurz vor der Geburt legal. (Kipa)

HarmoS wird gesamtschweizerisch immer unwahrscheinlicher

Die Stimmberechtigten in den Kantonen Thurgau und Graubünden haben HarmoS verworfen. Das Konkordat wurde damit bereits in 3½ Kantonen bachab geschickt und in St.Gallen und Zürich wurde HarmoS nur relativ knapp angenommen. In den nächsten Monaten stehen weitere Abstimmungen an.

Die Stimmbürger der Kantone Luzern, Appenzell Innerrhoden sowie am 20. November Thurgau und Graubünden haben damit klar zum Ausdruck gebracht, dass sie ihre vierjährigen Kinder nicht obligatorisch in die Schule bzw. den Kindergarten schicken wollen. Die auf Eigen- und Erziehungs-

verantwortung bauende Schulpolitik hat sich damit durchgesetzt. Wir sind zuversichtlich, dass weitere Kantone dem undemokratischen Konkordat der Erziehungsdirektorenkonferenz EDK eine klare Abfuhr erteilen werden.

Bereits im Februar wird in Nidwalden über das Konkordat abgestimmt. Ebenso können die Stimmbürger in den Kantonen Schwyz und Obwalden nächstes Jahr über den HarmoS-Beitritt entscheiden. Das Referendum im Kanton Bern wird wohl auch zu Stande kommen, das bedeutet, dass auch dort das Volk das letzte Wort zu HarmoS haben wird.

Deutlich mehr seelische Störungen nach Abtreibung

Eine Abtreibung erhöht das Risiko einer Depression oder von Ängsten um ein Drittel. Dieses Fazit ziehen die Verfasser einer Langzeit-Studie mit 500 Frauen an der renommierten University of Otago im neuseeländischen Christchurch. Laut der Schätzung der Forscher sind zwischen 1,5% und 5,5% der seelischen Störungen auf Abtreibungen zurückzuführen. Medikamentenmissbrauch und Angststörungen traten deutlich häufiger auf, wogegen alle anderen Schwangerschaftsverläufe nicht mit Störungen in Verbindung gebracht werden konnten. In Neuseeland und Grossbritannien werden über 90% aller Abtreibungen mit dem Risiko begründet, welches das Kind für die seelische Gesundheit der Mutter darstellen würde.

Der Bericht kann unter <http://bjp.rcpsych.org/cgi/content/abstract/193/6/444> angesehen werden. (LifeSiteNews)

Übermässiger Medienkonsum gefährdet Gesundheit von Kindern

San Francisco. Kinder und Jugendliche, die sehr viel Zeit mit Medien wie Fernsehen, Musik, Filmen, Videospiele oder dem Internet verbringen, sind anfälliger für gesundheitsschädliche Effekte wie Fettleibigkeit oder Tabakkonsum. Zu diesem Ergebnis kommt eine gemeinsame Untersuchung von Forschern der Yale University School of Medicine, den National Institutes of Health und des California Pacific Medical Centers, die

von Common Sense Media, einer der wichtigsten US-amerikanischen Non-Profit-Organisationen, kürzlich veröffentlicht worden ist.

«Mit dem aktuellen Bericht legen wir die erste grossangelegte Evaluierung der vielen verschiedenen Arten vor, wie Medien die physische Gesundheit von Kindern beeinflussen können. Das Ergebnis zeigt dabei eindeutig, dass ein sehr starker Zusammenhang zwischen dem Ausmass des Medienkonsums und den negativen Langzeiteffekten auf die Gesundheit der Kinder besteht», fasst Studienleiter Ezekiel Emanuel zusammen. (livenet)

Bei unserem Einsatz sind wir dringend auf Ihr finanzielles Mittragen angewiesen.

Vielen herzlichen Dank für jede Unterstützung!

Impressum:

Erscheinungsweise: monatlich
Jahresabonnement: Fr. 20.–
Spendenkonto PC 80-33443-1
Redaktion dieser Ausgabe:
Käthi Kaufmann, Bürglenstrasse 31,
3006 Bern, Tel. 031 351 90 76
E-Mail: kaufmanns@livenet.ch
Hilfesuche betreffend Familien in Not sind zu richten an:
Franziska Wyss, Pilatusblick 24,
6015 Reussbühl, Telefon 041 340 04 52
Adressänderungen bitte an den Verlag:
Arbeitsgruppe «Jugend und Familie»
Postfach 4053, 8021 Zürich
Druckerei: Schmid-Fehr AG, 9403 Goldach